



SEITEN F10/F11

Frankfurt

Rhein-Main

FrankfurterRundschau

DONNERSTAG, 22. OKTOBER 2020 · 76. Jahrgang · Nr. 246



Brennende Botschaft

Das Koala-Kollektiv protestierte gestern am frühen Morgen vor der Europäischen Zentralbank (EZB) und entzündete symbolisch eine Weltkugel. Damit unterstrich das Kollektiv eine Forderung an die EZB, kein Geld

mehr an klimaschädliche Unternehmen zu geben. Diese Forderung unterschrieben laut dem Kollektiv über 150 000 Menschen in einer Petition von SumOfUs, 350.org und Reclaim Finance. Die Protestaktion fand kurz

vor einer Veranstaltung mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde und Chefvolkswirt Philip R. Lane statt, auf die zivilgesellschaftliche Organisationen zu einem Meinungsaustausch eingeladen waren.

STN/BILD: PETER JÖLICH

KOMMENTAR Dreiste Umdeutung



Von Claus-Jürgen Göpfert

Am Abend war der Führungsspitze der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Frankfurt die Erleichterung deutlich anzumerken. Die erste gerichtliche Entscheidung überhaupt in der Frankfurter AWO-Affäre stärkt dem neuen Präsidium und dem neuen Vorstand deutlich den Rücken. Es wäre in der Tat ein heftiger Rückschlag für die angestrebte Erneuerung des Wohlfahrtsverbandes gewesen, hätte das Arbeitsgericht der Klage des gekündigten Ex-Geschäftsführers Jürgen Richter gegen seinen Rauswurf stattgegeben.

Bemerkenswert bleibt dennoch, mit welcher Chuzpe Richters Anwalt Bernhard Lorenz vor Gericht auftrat. Er deutete das überzogene Gehalt des ehemaligen AWO-Chefs einfach um zum exzellenten Lohn für exzellente Arbeit. Das ist ebenso dreist wie die Behauptung, Medienvertreter hätten Richters Verhalten „skandalisiert“ und die Staatsanwaltschaft habe es dann „kriminalisiert“.

Es ist gut, dass diese Lesart der Geschehnisse nicht durchdrang. Doch die Aufarbeitung der AWO-Affäre dauert an. Man darf auf die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft gespannt sein.

Früherer AWO-Chef scheitert

Arbeitsgericht Frankfurt bestätigt fristlose Kündigung von Jürgen Richter

VON CLAUD-JÜRGEN GÖPFERT

Die Klage des früheren Geschäftsführers der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Frankfurt, Jürgen Richter, gegen seine fristlose Kündigung ist gescheitert. Nach der mündlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Frankfurt entschied die 14. Kammer am Mittwochnachmittag, dass die fristlose Kündigung vom 28. Januar rechtswirksam ist. Damit steht dem Ex-Geschäftsführer auch kein weiteres Geld mehr zu. Die AWO wurde lediglich dazu verurteilt, Richter ein qualifiziertes Arbeitszeugnis auszustellen.

Gegen diese Entscheidung kann der Ex-Manager jetzt allerdings in Berufung vor dem Landesarbeitsgericht gehen. Die Vorsitzende des AWO-Präsidiums Frankfurt, Petra Rossbrey, sprach am Abend von einem „wichtigen Signal für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO, dass diejenigen, die für das Desaster verantwortlich sind, auch zur Rechenschaft gezogen werden“.

Der AWO-Vorstandsvorsitzende Steffen Krollmann sah ein „Stück Motivation“ für die weitere Aufarbeitung des AWO-Skan-

dals. Als Nächstes steht jetzt am 28. November vor dem Arbeitsgericht Frankfurt der Prozess gegen die frühere stellvertretende Geschäftsführerin des Kreisverbandes, Jasmin Kasperkowitz, an, die ebenfalls gegen ihre fristlose Kündigung klagt.

Richter trat auch bei dieser Verhandlung nicht persönlich auf, ließ aber von einem neuen prominenten Rechtsanwalt die Justiz und die Medien heftig attackieren. Anwalt Bernhard Lorenz, früherer CDU-Fraktionsvorsitzender im Wiesbadener Stadtparlament, sagte, zunächst hätten einige Medienvertreter AWO-Funktionäre „skandalisiert“, später habe dann die Staatsanwaltschaft sie „kriminalisiert“.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt seit knapp einem Jahr gegen eine Reihe führender früherer AWO-Vertreter wegen des Verdachts des Betruges und der Untreue. Lorenz verteidigte das hohe Gehalt Richters und zitierte ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom 12. März 2020. Demzufolge könnten Manager gemeinnütziger Einrichtungen genauso hoch bezahlt werden wie Manager in der freien Wirt-

schaft. „Exzellentes Management fordert exzellente Bezahlung“, sagte der Anwalt unter dem Höhengelächter von Zuschauer:innen im Saal und zur Empörung der AWO-Vertreterinnen und -Vertreter. Genauso habe Richter gehandelt und sich bewusst für eine „bessere Vergütung“ von „Leistungsträgern“ entschieden. Diesen Kurs habe noch der frühere Vorsitzende des Frankfurter AWO-Präsidiums, der verstorbene SPD-Landtagsabgeordnete Erich Nitzling, eingeschlagen. Richter reagiere auf alle Vorwürfe „gelassen“. Die Überzeugung des früheren AWO-Funktionärs sei: „Sie haben nichts gefunden, sie werden nichts finden, sie können auch nichts finden!“

Lorenz wies die Vorwürfe der AWO im Detail zurück. So seien fünf Reisen Richters unter anderem in die Türkei und in die USA Dienstfahrten gewesen. Es sei „Netzwerkarbeit“ für soziale Einrichtungen betrieben worden. Für die Vorhaltungen, dass sich Richter auf Kosten der AWO eine Küche habe einbauen und eine Haushaltshilfe habe bezahlen lassen, fehlten jegliche Beweise. Der Rechtsanwalt warf der heuti-

gen AWO-Führung vor, die wirtschaftliche Lage des Wohlfahrtsverbandes bewusst schlecht darzustellen. Richter müsse als „Sündenbock“ herhalten: „Den Sündenbock aber kennt das deutsche Recht nicht!“

Lorenz verstrickte sich in Wortgefechte mit AWO-Anwalt Norbert Pflüger. Der kritisierte die „Unverfrorenheit“, mit der Lorenz „Nebelkerzen“ werfe. Die AWO sei von einer „verwerflichen Clique wie eine Weihnachtsgans ausgenommen worden“. Richter habe über eine Million Euro als „Spenden“ an den AWO-Kreisverband Wiesbaden „verschoben“, der von seiner Frau geführt worden sei. Nach Pflügers Worten kassierte Richter zuletzt „über 300 000 Euro im Jahr für süßes Nichtstun“. Seine Reisen, bezahlt von der AWO, charakterisierte Pflüger als „touristisch“. Steffen Krollmann, der neue AWO-Vorstandsvorsitzende in Frankfurt, sprach von einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage des Kreisverbandes bei seinem Antritt: Ohne drastisches Sparen „wäre uns das Geld ausgegangen“. Siehe Kommentar

FRANKFURT

Stadtparlament trotz Corona für den Moment Seite F6

FRANKFURT

Ein Bus lädt zum Diskutieren ein Seite F8

FRANKFURT

Die Dahlmannschule hat ein Schwimmbad Seite F9

WIESBADEN

Citybahn soll positive Effekte für Wirtschaft haben Seite F18

HESSEN

Corona-Ausbruch sorgt Flüchtlinge in Kassel Seite F19

HESSEN

AfD-Politiker will Rausschmiss nicht hinnehmen Seite F19

Im Internet: fr.de/rhein-main sowie fr.de/frankfurt